

**Die neue Besteuerung der  
Einmalzahlung aus der**

# **Pensionskasse (BVG)**

*Printmedien – Echo's*

**Teil III**

**17. März 2001 bis 1. Juni 2001**



Samstag/Sonntag, 17./18. März 2001

## Explosive Stimmung

Zum Artikel „... Grenzgänger verloren letzte Hoffnung ...“ vom 10. März 2001 in den „VN“: Werter Herr Landeshauptmann, jetzt ist die Katze aus dem Sack. Die von der Regierung geplante und von den Vorarlberger Nationalratsabgeordneten von ÖVP und FPÖ befürwortete Besteuerung der Pensionsabfindung für Grenzgänger ist nun fix. Jene obersten Vertreter dieser zwei genannten Parteien müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, nur Lippenbekenntnisse abgegeben zu haben, um die explosive Stimmung in den Reihen der Grenzgänger zu beruhigen und auf Zeit zu spielen. Dieses Ziel haben Sie ganz klar verfehlt. Wenn wir durch die Mittäterschaft einzelner Abgeordneter zur Kasse gebeten und nebenher noch als Millionäre verhöhnt werden sollen, dann ist das auch Ihre Mitschuld, werter Herr Landeshauptmann. Der Versuch, Arbeitnehmer diesseits und jenseits der Grenze gegeneinander auszuspielen, ist dabei kräftig in die Hose gegangen. Im Gegenteil, es ist Ihnen gelungen, Beamte, Angestellte oder Arbeiter in

Vorarlberg und über der Grenze, die sich täglich beschissener fühlen, seit diese Regierung am Werk ist, enger zusammenschweißen. Der Zorn über die Nichtberücksichtigung bestehender Fakten – wie die gesetzlich in der Schweiz verpflichtende Einzahlung jedes Grenzgängers in eine Pensionskasse – hat eine Dimension erreicht, die Sie, werter Herr Landeshauptmann, so nicht mehr beruhigen können. Wir werden uns das so einfach nicht mehr bieten lassen und allein oder zusammen mit anderen Vorarlberger und Schweizer Arbeitnehmern angemessen reagieren.

WERNER LUTZ, GRENZGÄNGER,  
HARD

Samstag/Sonntag, 24./25. März 2001

## Pensionsabfindungen

„Pensionsabfindungen waren bisher steuerlich privilegiert. Dieses Privileg für Pensionsabfindungen wird nunmehr schrittweise beseitigt, und zwar in vollem Umfang ab 1. Jänner 2002 und teilweise seit 1. Jänner 2001. Besonders Grenzgänger protestieren gegen die Beseitigung dieses Privilegs heftig. Von anderen davon betroffenen Gruppen (z. B. Rechtsanwälte) gibt es dazu kaum öffentliche Stellungnahmen.

Die normale Besteuerung von Pensionsabfindungen trifft – entgegen der veröffentlichten Meinung – nicht nur Grenzgänger, sondern auch in Österreich tätige Personen, sohin alle Steuerzahler. Bei monatlicher Pensionszahlung gibt es keine Änderung. Aus Gründen der Steuergerechtigkeit ist die Beseitigung des Steuerprivilegs bei Pensionsabfindungen vertretbar. Immer mehr zum Ärgernis wird meines Erachtens aber, dass die Staats- und Fiskalquote bereits 50 Prozent erreicht, d. h. der Steuerzahler muss rund die Hälfte des Jahres „für den Staat“ arbeiten (1. steuerfreier Tag in Österreich nach einer neuen Untersuchung 30. Juli; zum Vergleich Schweiz 1. Mai oder USA 16. Mai). Meiner Meinung nach ist es daher sinnvoller, sich für eine Verringerung der Steuern und Abgaben sowie eine Senkung der Steuersätze für alle Steuerzahler einzusetzen, statt für die Beibehaltung eines Privilegs.

RA DR. GOTTFRIED WAIBEL,  
DORNBIRN (BETROFFENER DER  
VOLLEN BESTEUERUNG VON  
PENSIONSABFINDUNGEN)



Montag, 2. April 2001

### Kein Privileg

Zum Leserbrief von RA Dr. Gottfried Waibel vom 24. März: Das immer wieder zitierte Privileg entspricht so nicht der Wahrheit, sondern war vielmehr eine gerechte Versteuerung (seit dem Jahr 1989) der Einmalabfindung, die durch die Reglemente der obligatorischen beruflichen Vorsorgekassen gegeben sind und auf Grund der Bestimmung „Barauszahlung, wenn die versicherte Person die Schweiz end-

gültig verlässt“, auch so durchgeführt wird. Durch das von Ihnen zitierte „Privileg“ wurde dem Grenzgänger vom Gesetzgeber nur der Nachteil der Versteuerung einer Einmalauszahlung ausgeglichen gegenüber einem Arbeitnehmer, der die Pension monatlich erhält.

Diese Regelung wurde dann vermutlich in österreichischen Betrieben auf Chefetageebenen zu Nutze gemacht und horrendere freiwillige Pensionsabfindungen (Beispiel Klima) ausbezahlt. Und um diese „Auswüchse“ in den Griff zu bekommen, wurde alles über einen Kamm geschoren und damit den Grenzgängern die gerechte Versteuerung der Austrittsleistung weggenommen. Ich kann nicht beurteilen, wie Sie diese Regelung trifft, aber wenn ein Grenzgänger mit 61 Jahren wie der inländische Arbeitnehmer in Pension gehen möchte, bekommt er die gesetzliche Pension/AHV (ca. die Hälfte der österreichischen Pension) erst mit 65 Jahren. Um das gleiche „Privileg“ der vorzeitigen Pension wie der österreichische Arbeitnehmer in Anspruch zu nehmen, ist diese Pensionsabfindung Bestandteil seiner Alterspension. Und davon sollen nun 50 Prozent „geraubt“ werden.

HORST LANGE, BREGENZ

# NEUE

Vorarlberger Tageszeitung

FREITAG, 6. APRIL 2001



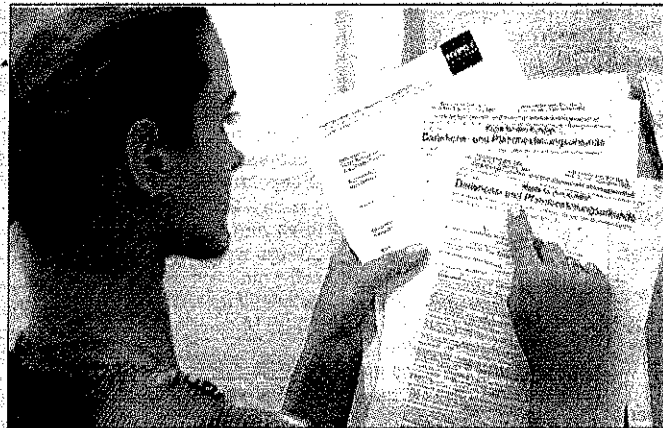
## **Grenzgänger: Am 28. ist die Demo**

Am Samstag, dem 28. April findet vor dem Landhaus in Bregenz eine Demonstration des Vorarlberger Grenzgängerverbandes statt. Der Protest richtet sich gegen die als höchst ungerecht empfundene Erhöhung der Besteuerung der Pensionsabfindungen aus der Schweiz und aus Liechtenstein für Grenzgänger. Obwohl die Bundesregierung bei der Besteuerung der Unfallrenten einlenkt und eine Art Freibetrag einführt, ist für die Grenzgänger keine Erleichterung geplant. Wie der FP-Abgeordnete Reinhard Bösch erklärte, soll allerdings bei Härtefällen den Betroffenen sehr entgegengekommen werden. An der Demonstration nehmen auch Vertreter des ÖGBund der Ostschweizer Metallergewerkschaft teil.



## Rechtssicherheit abhanden gekommen

Es soll Leute geben, die haben einmal Wohnraum geschaffen. Im langfristigen Finanzierungsplan gingen dieselben davon aus, dass ihre Rückzahlung steuerlich absetzbar ist. Innert weniger Jahre wurde jedoch die steuerliche Absetzbarkeit auf ein lächerliches Minimum reduziert bzw. ganz gestrichen. Die Leute sitzen nun plötzlich auf langfristigen Raten fest, welche sehr viel höher sind als ursprünglich geplant. Es soll auch Leute geben, die wollten Altersvorsorge treffen und schlossen eine Lebens-/Erlebensversicherung ab. Unter Berücksichtigung der steuerlichen Absetzbarkeit erschien die Rendite lukrativ und man ging einen Vertrag von mindestens 15, meist sogar aber 25 Jahre ein. Innert weniger Jahre erneut dasselbe Spiel,



**Verpflichtungen: Aber was gilt eigentlich noch?**

(Foto: H. Zellhofer)

und die Leute stehen wiederum mit einem vollkommen unrentablen, dafür aber langfristigen Vertrag am Hals da.

Und dann soll es Grenzgänger geben, die ebenfalls viele Jahre in eine Altersvorsorge eingezahlt haben. In einer Blitzaktion schnappt sich der Staat einen Großteil dieser Ersparnisse, welche diese

Menschen sich mühsam in zwanzig oder dreißig Jahren zusammengespart haben. Dass solche Ersparnisse meist schon fix für diverse Verpflichtungen einkalkuliert sind, kümmert die Politiker nicht. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass uns jegliche Rechtssicherheit abhanden gekommen ist.

INGO LAIS, HOHENEMS

# Große Solidarität mit den Grenzgängern

„VN“-Umfrage zur Besteuerung der Abfindung

Schwarzach (VN-bn) Ginge es nach der Vorarlberger Bevölkerung, dann würden Abfindungen der Grenzgänger wie bisher besteuert werden. 62 Prozent der 501 Befragten sprechen sich dafür aus. Dies zeigt die aktuelle „VN“-Umfrage zu der Problematik.

Was generell den Lebensstandard der Grenzgänger angeht, so glauben 47 Prozent der Befragten, dass es den im benachbarten Ausland Arbeitenden besser (schlechter: acht Prozent) geht. 37 Prozent meinen, dass es in puncto Lebensstandard keinen Unterschied

gibt. Diese Meinung geht durch alle Schichten.

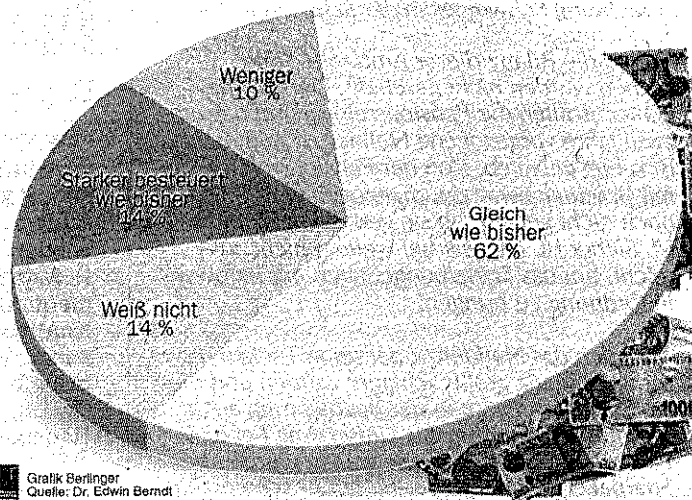
Obwohl die Meinung vorherrscht, dass die Verdienste gut sind, zeigt man mit den Grenzgängern „eine hohe Solidarität“, so Meinungsforscher Dr. Edwin Berndt. Eine große Mehrheit spricht sich für die heutige Höhe der Besteuerung aus. Lediglich 14 Prozent der Befragten würden die Grenzgänger gerne stärker als heute besteuert sehen, zehn Prozent hingegen noch weniger.

## Männer gegen Änderung

Je nach Alter, sozialer Schicht und Geschlecht gibt es dabei noch große Unterschiede.

## Abfindungsbesteuerung

Sollte die Abfindung (z. B. Grenzgänger) stärker besteuert werden wie bisher oder nicht?



Grafik Berlinger  
Quelle: Dr. Edwin Berndt

67 Prozent der Männer möchten keine Änderung in der Abfindungsbesteuerung, 66 Prozent der jüngeren Befragten und 68 Prozent der weniger gut Bemittelten.

Die größte Zahl an Befürwortern einer höheren Besteuerung findet sich in der Gruppe der über 50-Jährigen. Doch auch diese bleibt mit nur 19 Prozent deutlich in der Minderheit.



Freitag, 13. April 2001

# REGION

VORARLBERG UND SEINE NACHBARN

## BLICKPUNKTE

**Kundgebung der Grenzgänger.** Die Vorarlberger Grenzgänger lassen nicht locker. Sie setzen sich weiter gegen die geplante Raubbesteuerung ihrer Abfindungen zur Wehr. Dazu soll am Samstag, 28. April, um 14 Uhr vor dem Landhaus in Bregenz eine Großkundgebung veranstaltet werden.

Samstag/Sonntag, 14./15. April 2001

## Grenzgänger gegen Raubbesteuerung

Mit hohem Interesse habe ich den Artikel über die Solidarität der Vorarlberger Bevölkerung mit ihren Grenzgängern zur Kenntnis genommen. Es zeigt, dass man das „einfache Volk“ nicht für dumme verkaufen kann. Trotz ständiger Bemühungen von bestimmten Politikern, Rechtsanwälten und der Wirtschaftskammer, Grenzgänger als „Privilegierte“ hinzustellen (wie RA Dr. Gottfried Waibel, „VN“ 11. Jänner 2001), oder „... privilegierte Besserverdienende, denen der hohe Frankenkurs in den Kopf gestiegen ist...“ (Wirtschaftsbund in „Neue“ vom 4. März 2001), oder man müsse unter dem Titel: „... eine krasse Benachteiligung der österreichischen Arbeitnehmer beseitigen...“ (NR Dr. Gottfried Feurstein in der Landesrundschau vom 18. Dezember 2000), ist dies nicht gelungen. Nochmals: Grenzgänger sind keine teilfreigestellte, pragmatisierte Landesbedienstete mit einem zusätzlichen Teilzeitjob als Nationalrat, sondern fleißig

arbeitende Vorarlberger, wie andere auch, die bemüht sind, für ihre Familie zu sorgen. Wenn sie sich gegen eine Raubbesteuerung wehren, wird dies auch „vom übrigen Vorarlberger Volk“ verstanden, auch im Bewusstsein, dass sie die Nächsten sein können. Wie wollen Sie, meine Herren, den Grenzgängern erklären, dass „... Abfindungen aus Vorsorgeeinrichtungen der Kammern der selbstständig Erwerbstätigen...“ nur mit dem halben Steuersatz (max. 25 Prozent), dagegen Einmalzahlungen aus der 2. Säule, eine „Vorsorgeeinrichtung der Grenzgänger“, mit dem vollen Steuersatz (max. 50 Prozent) zu versteuern sind? Diesem Gesetz haben alle Vorarlberger NR der Regierungsparteien (ÖVP, FPÖ) zugestimmt. Wahrlich ein Akt der Gerechtigkeit! Gegen diese Raubbesteuerung wehren sich Grenzgänger mit einer Großkundgebung am Samstag, 28. April, um 14 Uhr vor dem Landhaus in Bregenz. Jeder, der sich mit unseren Anliegen solidarisiert, ist dazu herzlich eingeladen.

HANS SCHABERL,  
STV. OBMANN VORARLBERGER  
GRENZGÄNGER-VERBAND

Mittwoch, 18. April 2001

## Pensions- abfindungen

Herr RA Dr. Gottfried Waibel weist in einem Leserbrief wieder einmal darauf hin, das besonders Grenzgänger gegen die Beseitigung des Privilegs heftig protestieren. Von seiner betroffenen Gruppe der Rechtsanwälte gibt es dagegen kaum öffentliche Stellungnahmen. Ich kann Ihnen, Herr RA Dr. Waibel, mitteilen, warum: weil wir Grenzgänger nicht das Privileg wie jeder Arbeiter und Angestellte in Österreich besitzen, mit 60 Jahren in die Pension zu gehen. Ein Österreicher bezieht fünf Jahre früher die Pension, da wir noch arbeiten und in die Pension einzahlen dürfen. Nun frage ich mich, wer hier privilegiert ist?

Nachdem der Leistungsdruck am Arbeitsmarkt so groß ist, dass ein Arbeiten bis 65 Jahre ohne gesundheit-

liche Probleme zu bekommen fast nicht mehr möglich ist, lassen sich viele Grenzgänger mit 60 Jahren die BVG-Abfindung ausbezahlen, um mit der Arbeit aufhören zu können. Mit dieser Abfindung heißt es dann die fünf Jahre bis zum Erhalt der AHV von dieser zu leben. Mit dieser 50-Prozent-Besteuerung bleibt uns nur mehr die Möglichkeit, mit 60 Jahren aufhören zu arbeiten, die BVG-Abfindung auf ein Sperrkonto zu geben und später in Form einer Pension auszahlen zu lassen und sich dann beim Arbeitsamt als arbeitslos zu melden. Nun können Sie nachrechnen, ob sich diese Vorgangsweise der 50-Prozent-Besteuerung für den Staat am Ende überhaupt lohnt.

HANS HALLER, GRENZGÄNGER,  
LUSTENAU

# LOKAL

---

## NEUE

SAMSTAG, 21. APRIL 2001

---

### **Solidarität mit Grenzgängern**

Der Pensionistenverband Vorarlberg zeigt sich mit den Grenzgängern solidarisch und will sich an der Demonstration vor dem Landhaus in Bregenz am Samstag, den 28. April beteiligen. Als Hauptredner der Demo wird Karl Blecha, Pensionsverbands-Präsident, erwartet.

# Grenzgänger-Demo wird Abrechnung mit VP-FP

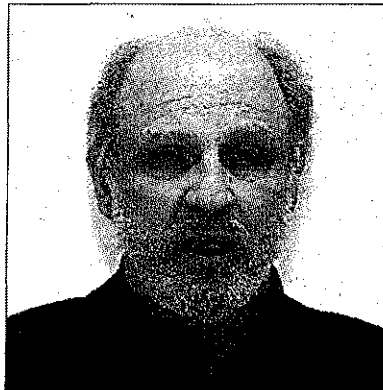
(gr) – Als Demonstration der Vorarlberger Grenzgänger im Jänner geplant, findet am Samstag, 28. April, vor dem Landhaus in Bregenz ein allgemeiner Aufmarsch gegen die „Raubbesteuerung“ der schwarz-blauen Koalition statt.

Als Starredner kommt Karl Blecha, Vorsitzender des Pensionistenverbandes nach Bregenz auf den Landhausplatz. Der 68-jährige Vollblutpolitiker war Innenminister, SPÖ-Zentralsekretär, Meinungsforscher und redengewandter Parlamentarier. ÖGB-Chef Norbert Loacker hat erkannt, dass eine Demonstration der Vorarlberger Grenzgänger alleine keine sehr große Breitenwirkung haben wird.

Betroffen von der Steuererhöhung von 25 auf 50 Prozent auf die Pensionsabfindung sind die rund 14.000 Vorarlberger, die in der Schweiz und in Liechtenstein arbeiten und nicht schlecht verdienen.

Jetzt lautet die Devise der Kundgebung: „Wir fordern alle Grenzgänger und alle Arbeitnehmer, denen das Schicksal dieser Menschen nicht gleich ist, auf, sich an der Grenzgängerdemonstration zu beteiligen. Es geht um die Sicherung der Altersversorgung dieser Kollegen und Kolleginnen, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben und denen man ihre angesparten Reserven wegnimmt.“

Mit der Teilnahme des Pensionistenverbandes an der Kundgebung



Grenzgängerverbands-Chef Schaberl: 70 Prozent mehr Mitglieder.

am 28. April um 14 Uhr ist die Chance auf eine Massenveranstaltung groß, denn der Verein der Vorarlberger SPÖ-Senioren hat etwa 8500 Mitglieder. Sekretär Bruno Wüster: „Unser Verband vertritt viele Pensionisten, die als Grenzgänger Doppelrenten beziehen. In letzter Zeit bekam ich sehr viele Anrufe von aufgebrachtten Senioren. Denn die Pensionskürzungen durch die VP-FP-Bundesregierung kostete jeden Rentenbezieher ab 1. Jänner 2001 monatlich zwischen 400 und 800 Schilling. Aber auch die Grauslich-

keiten der Besteuerung der Unfallrenten werden bei der Demo zur Sprache kommen.“

Hans Schaberl, Pressesprecher der Vorarlberger Grenzgänger: „Seit Jänner dieses Jahres ist der Mitgliederstand um 70 Prozent gestiegen.“ Grund für den plötzlichen Zulauf ist die Unzufriedenheit der Grenzgänger und die Hoffnung, dass ein starker Verband beim Finanzminister ein Umdenken auslösen könnte. Immerhin wurden 4600 Unterschriften von Grenzgängern und Sympathisanten gesammelt.

Doch die Finanz rührte sich nicht mehr. Am 16. Februar war Steuersektionschef Wolfgang Nolz in Feldkirch, um sich über die Anliegen der Grenzgänger zu informieren. Hans Schaberl: „Seit über zwei Monaten haben wir nichts mehr vom Herrn Sektionschef gehört.“

Über die Demonstration am kommenden Samstag um 14 Uhr wagt niemand eine Prognose: Für ÖGB-Landessekretärin Manuela Auer wären 500 Teilnehmer schon ein Erfolg, Hans Schaberl vom Grenzgängerverband ist optimistischer: Für ihn ist die Demo mit mindestens tausend Marschierern gelungen.

# - Der Rheintaler

## Demonstration gegen die «Raub-Besteuerung»

Auf kommenden Samstag rufen der Vorarlberger Grenzgänger-Verband, die Gewerkschaft Metall/Textil und die Gewerkschaft Smuv zu einer Demo in Bregenz (14 Uhr, Landhaus) «gegen die Raub-Besteuerung» auf.

HANSPETER THURNHERR

BREGENZ/ST.GALLEN. Auslöser ist die von der Bundesregierung geplante Besteuerung der Pensionsgelder von Grenzgängern. «Mit unserer Teilnahme wollen wir unsere Solidarität mit den betroffenen Mitarbeitern zeigen. Unsere Gewerkschaft Smuv hat ausserdem rund 200 Grenzgänger als Mitglieder. Daher sind wir verpflichtet, ihnen im Kampf gegen diese Raubsteuer zu helfen. Die Pensionsgelder sind schliesslich für die Pension da – und nicht für den Staat als Steuern», erklärt Smuv-Regionalsekretär Urs Hermann die nicht alltägliche Tatsache, dass Schweizer sich für eine Demonstration in Österreich stark machen. «Wir waren von Anfang an, also seit Dezember, dabei. Allein in über 150 Presseartikeln haben wir unsere Anliegen verbreitet. In Wien wurde eine Parlamentseingabe gemacht.

Doch weil dies noch nicht zum Ziel führte, werde nun die «Stufe Kundgebung» in Szene gesetzt, um der Öffentlichkeit und den Politikern «den Protest zu visualisieren». Gestern Dienstag verteilten nun Gewerkschafter aus beiden Ländern Flugblätter mit dem Demo-Aufruf an den Schweizer (!) Zollämtern an die Grenzgänger. «In Österreich ist uns dies verboten worden, in der Schweiz erhielten wir die Bewilligung. Was ist das für ein Demokratieverständnis», sagt dazu Urs Hermann lakonisch. ht



Nur in der Schweiz erlaubt: Gewerkschafter verteilen Demo-Flugblätter. Bild: ac

# NEUE

## Vorarlberger Tageszeitung

MITTWOCH, 25. APRIL 2001



Foto: Hartinger



**4600 Unterschriften** übergaben gestern Vertreter der Vorarlberger Grenzgänger an Landeshauptmann Sausgruber und Statthalter Gorbach. Die Untersreiber lehnen die „Raubbesteuerung“ von 50 Prozent ihrer Pensionsabfindung ab. Gleichzeitig wurde zur Demonstration gegen die Steuerpolitik der Regierung am Samstag, 28. April um 14 Uhr vor dem Landhaus in Bregenz aufgerufen. Die Finanzlandesdirektion hat verfügt, dass Flugzettel gegen die „Raubbesteuerung“ nicht an den Zollämtern verteilt werden dürfen. Jetzt wurden beim Schweizer Zoll 12.000 Flugzettel an den Mann gebracht. Im Bild: Statthalter Gorbach, der Schweizer Gewerkschafter Urs Hermann, ÖGB-Chef Norbert Loacker, Landeshauptmann Herbert Sausgruber und Grenzgängerchef Walter Dornig.



# Vorarlberger Nachrichten

Mittwoch, 25. April 2001



V.l.: ÖGB-Chef Loacker, Walter Domig, Bianca Hubmann (SMUV), LH Sausgruber, Hans Schaberl.

## Solidaritätsunterschriften an Landeshauptmann übergeben

Bregenz (VN) 4600 Unterschriften gegen die „Raubbesteuerung des Pensionsgeldes“ durch die Steuergesetzgebung übergaben gestern die Veranstalter der Demonstration am kommenden Samstag an LH Herbert Sausgruber und LSth. Hubert Gorbach. Der Sprecher des Vorarlberger Grenzängerverbands, Hans Schaberl: „Wir fordern die Abschaffung dieser ungerechten und angesichts des geringen Budgeterfolgs unsinnigen Steuer.“ Sausgruber erinnerte an seine erst kürzlich erfolgte Vorsprache bei Sektionschef Wolfgang Nolz mit dem Ziel, die Besteuerung des Grenzgänger-Pensionsgeldes zu mildern. Veranstatet wird die Demo diesen Samstag um 14 Uhr vom Grenzängerverband, dem ÖGB Vorarlberg und seinem Schweizer Schwesterverband SMUV.



# WANN & WO AM MITTWOCH DIE JUNGE ZEITUNG

Jeden Mittwoch frei Haus ■ Auflage 125.177

25. April 2001

## „Raubbesteuerung“ der Pensionsgelder

Protest der Grenzgänger diesen Samstag in Bregenz

Der Vorarlberger Grenzgängerverband protestiert am kommenden Samstagnachmittag vor dem Landhaus Bregenz gegen die „Raubbesteuerung der Pensionsgelder“. Im Vorfeld haben gestern die Veranstalter der Demonstration, die vom ÖGB Vorarlberg, der Schweizerischen Metallgewerkschaft und vom Österreichischen Pensionistenverband unterstützt wird, an LH Herbert Sausgruber und LStH Hubert Gorbach Listen mit rund 4600 Solidaritätsunterschriften überreicht.

An Grenzübergängen wurden Flugzettel verteilt. Die Grenzgänger bekämpfen die nach Auslaufen bisheriger Begünstigungen höhere Besteuerung von Pensionsabfindungen und kritisieren die Steuergesetzgebung. „Wir fordern die Abschaffung dieser ungerechten und angesichts des geringen Budgeterfolges unsinnigen Steuer“, nannte Hans Schaberl vom Grenzgängerverband als Ziel dieser Aktion. Landeshauptmann

Sausgruber berichtete von einer Intervention im Finanzministerium, die Besteuerung des Pensionsgeldes der Grenzgänger zu mildern. Es gehe um die Sicherung der Altersversorgung der Grenzgänger, „die ihr ganzes Leben gearbeitet haben und denen man ihre angesparten Reserven wegnimmt“, formulierte es Norbert Locker in einer Äußerung.



Foto: Bernd Hofmeister

An den Grenzübergängen wurden Flugzettel verteilt.

---

MITTWOCH, 25. APRIL 2001

---

---

10 DER STANDARD B

---

## Grenzgänger-Demo auf Schweizer Seite verlegt

**Bregenz** – Vorarlbergs Grenzgängerverband macht Ernst. Nachdem Verhandlungen mit dem Finanzministerium kein Ergebnis brachten, wehren sich die Grenzgänger nun mit Protestaktionen gegen massive Steuererhöhungen. Der Steuersatz auf Einmalzahlungen aus Schweizer

den gesammelt und am Dienstag an Landeshauptmann Herbert Sausgruber (VP) und seinen Stellvertreter Hubert Gorbach (FP) übergeben, die Unterstützung zusagten.

Die anschließende Flugblattaktion an den Grenzübergängen, mit der für eine Demonstration geworben und gegen die „Raubbesteuerung“ protestiert wurde, musste auf Schweizer Boden verlegt werden. Die Vorarlberger Finanzlandesdirektion hatte sie untersagt. „Für Aktionen gegen die Finanzbehörde stellen wir unseren Amtsplatz nicht zur Verfügung“, teilte Albert Dobler, Chefinspezierender der Zollämter, dem STANDARD mit. Die Kundgebung am Samstag vor dem Landhaus in Bregenz ist genehmigt. (jub)

---

### VORARLBERG

---

Pensionsrücklagen wird bis 2002 von 25 Prozent auf das Doppelte angehoben.

Verbandsobmann Walter Dornig, der rund 12.000 Betroffene vertritt: „Uns wird von einem Tag auf den anderen ‚weggesteuert‘, was in 35 bis 40 Jahren angespart wurde.“ 4609 Unterschriften wur-

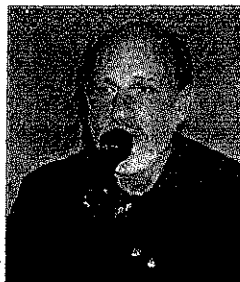
Donnerstag, 26. April 2001

## Die FLD untersagt Flugblattaktion, die „Raubbesteuerung“ verurteilt

Bregenz (VN-or) Weil auf jenen Flugzetteln, mit denen die Grenzgänger, der Vorarlberger ÖGB und dessen Schweizer Schwesterorganisation SMUV zur Protestdemonstration am kommenden Samstag am Bregenzer Landhausplatz aufrufen, von „Raubbesteuerung der Grenzgänger“ die Rede ist, hat die Finanzlandesdirektion (FLD) Vorarlberg die Verteilung der Flugblätter bei den Vorarlberger Zollämtern kurzerhand untersagt.

### Kein Problem bei Schweizer Zöllnern

ÖGB-Chef Norbert Loacker bestätigte auf „VN“-Anfrage, dass das Verbot mit Hinweis auf „die regierungskritische Diktion des Flugblatt-Textes“ ausgesprochen worden sei. Umso angenehmer sei er von zuständigen Schweizer Spitzenbeamten angetan gewesen, die einer Verteilung im Bereich der Schweizer Zollämter, also einfach auf der anderen Seite der Grenze, problemlos zugestimmt hätten. Mit dem im Ländle erteilten Verbot „wegen nicht mehr Regierungskritik ist für mich ein Stück Demokratie wegge-



brochen“, nimmt Loacker das Ganze „so zur Kenntnis“.

Auch der Sprecher der Vorarlberger Grenzgänger, Johann Schaberl (Bild), kann die FLD-Entscheidung „nicht verstehen, muss sie aber akzeptieren. Weil andernfalls für anstehende Verhandlungen mit den Finanzstellen vielleicht der letzte kleine Spielraum zugeschüttet wäre“ (Schaberl).

### „Sind in Vorarlberg sowieso kulant“

Der Chefinspezierende der Zollämter in Vorarlberg, Albert Doblér, wies auf „VN“-Anfrage darauf hin, dass „trotz generellen Verbotes sämtlicher artfremder Tätigkeiten im Bereich der Grenzübergänge“ in Vorarlberg stets „relativ liberale Maßstäbe angelegt“ worden seien – nicht nur z. B. bei Rotkreuz-Sammlungen, sondern auch schon bei Grenzgängeranliegen.

„Ließen wir aber die ‚Raubbesteuerungs‘-Flugblätter verteilen, wäre das so, als durchsuchten Beamte auf der linken Straßenseite Passagiere nach Drogen, während rechts eine Demo für Drogenfreigabe inszeniert wird“, zeigte Doblér die „Schmerzgrenzen“ für Action an den Grenzen auf.

# NEUE

## Vorarlberger Tageszeitung

FREITAG, 27. APRIL 2001



### Grenzgänger-Marsch: Landhaus bleibt leer

(gr) – Höchstens zwei Stunden soll die Demonstration der Grenzgänger und Pensionisten gegen die Steuerpolitik der schwarz-blauen Bundesregierung am Samstag auf dem Platz vor dem Landhaus in Bregenz dauern. Von der Regierung wird niemand anwesend sein. Das Landhaus bleibt leer. Die Kundgebung beginnt am Samstag, 28. April um 14 Uhr und soll spätestens um 16 Uhr beendet sein, erklärte ÖGB-Landessekretärin Manuela Auer, die für den Zeitplan verantwortlich ist. Inzwischen wurden bei den Schweizer Zollämtern 12.000 Flugzettel

an die Grenzgänger verteilt, in denen zur Teilnahme an der Demonstration aufgefordert wird. Hauptredner ist der Obmann des SP-Pensionsistenverbandes, Ex-Innenminister Karl Blecha.

Minister Grasser habe erklärt, dass an der Änderung gearbeitet werde. Landeshauptmann Sausgruber hat sich im Finanzministerium für eine Verlängerung der Frist für die volle Besteuerung von Pensionsabfindungen auf drei Jahre eingesetzt. Die Grenzgänger fordern die alte Regelung einer Abfindungs-Besteuerung von 25 statt 50 Prozent.

# KURIER

SONNTAG, 29. APRIL 2001

## **Grenzgänger-Demo gegen „Raubsteuer“**

Der Vorarlberger Grenzgängerverband (VGV) und der ÖGB veranstalteten gestern in Bregenz eine „Protestkundgebung gegen Raubbesteuerung“. Der VGV bekämpft die deutlich höhere Besteuerung von Pensionsabfindungen aus ausländischen Pensionskassen.

## Grenzgänger demonstrierten gegen „Raubbesteuerung“



Rund 2000 Grenzgänger und Grenzgängerinnen protestierten am Samstag in Bregenz gegen die Verdoppelung des Steuersatzes auf ihre Pensionsrücklagen. *Foto: Jutta Berger*

Bregenz - Die Sparpolitik der österreichischen Bundesregierung treibt die Vorarlberger auf die Straße. Nach den Lehrern, die seit Wochen gegen die Kürzung ihrer Gehälter protestieren, demonstrierten am Samstag die Grenzgänger. Unterstützt von ÖGB und Schweizer Gewerkschaften und angefeuert von Pensionistenfunktionär Karl Blecha.

Rund 2000 Frauen und Männer, viele davon bereits im Pensionsalter, demonstrierten am Samstagnachmittag gegen die Verdoppelung des Steuersatzes auf ihre Pensionsrücklagen. Ab 2002 müssen sie statt bisher 25 Prozent rund 50 Prozent auf Einmalabfindungen aus betrieblichen Pensionskassen (die in der Schweiz Pflicht sind) be-

zahlen. „Unsere langjährige Lebensplanung wird über Nacht vernichtet“, beschrieb Walter Dornig, Obmann des Grenzgängerverbandes, unter zustimmendem Applaus die Misere. Bis zur Hälfte werde das „Überbrückungsgeld“ - die meisten Grenzgänger, die vor dem 65. Lebensjahr ausgeschieden, finanzieren sich damit die Zeit bis zur Pension - weggesteuert.

### Demo-Premiere

Die Kundgebung gegen die „Raubbesteuerung“ war eine doppelte Premiere. Erstmals musste der Grenzgängerverband für seine Forderungen, die bisher mit dem jeweiligen Finanzminister ausgehandelt wurden, auf die Straße gehen. Und erstmals kämpften öster-

reichische und Schweizer Gewerkschafter gemeinsam für Arbeitnehmerrechte. „Ein österreichweites Zeichen“ sah darin der prominenteste Demonstrant, Exinnenminister Karl Blecha. „Wir dürfen es nicht zulassen, dass man unseren Grenzgängern die Reserven für die Alterssicherung stiehlt“, forderte Blecha. Der Finanzausschuss im Parlament müsse nun nach Lösungen suchen, „wie man der Regierung einen Weg aus dieser Sackgasse bieten kann“.

Gegen den „Pensionsraub, der alles in den Schatten stellt“ (Blecha) rät der ÖGB zur Klage. Gewerkschafts-Rechtsexperte René Schindler versprach klagswilligen Grenzgängern Rechtsschutz durch den ÖGB. (jub)

Montag, 30. April 2001

TEIL D

# „Pensionsraub“ vor das Höchstgericht?

## Grenzgänger bieten Regierung die Stirn

VON ERICH ORTNER  
E-MAIL: ortnere@vn.vol.at

**Bregenz (VN)** Ob es nun 2000 Teilnehmer waren, wie die Veranstalter zählten, oder gut 700, die die Exekutive ermittelt haben will, oder eine Anzahl dazwischen: Die Protestdemo der Ländle-Grenzgänger Samstag Nachmittag vor dem Bregenzer Landhaus gegen die schwarzblaue „Raubbesteuerung“ war ein unüberhörbarer Aufschrei.

Zusammen mit dem überparteilichen Vorarlberger Grenzgängerverband (VGV) hatten sich zahlreiche Ländle-Funktionäre des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) und seiner Schweizer Schwesterorganisation SMUV zu Sprachrohren der 14.000 aktiven und 6000 pensionierten Grenzgänger gemacht, deren – von ihnen und ihrem Schweizer bzw. Liechtensteiner Arbeitgeber gemeinsam angesparte – Pensionsabfindung „handstreichartig“ per Neujahr 2001 mit bis zu 50 statt vorher maximal 25 Prozent besteuert wurde.

### Brösel wird harter Bissen

Für Verbandspräsident Walter Dornig wird mit dieser Maßnahme „eine oft jahrzehntelange Lebensplanung über Nacht vernichtet“, weshalb sie „ein Schlag ins Gesicht all derer ist, die im Rechtsstaat Österreich auf Rechtssicherheit vertrauten“. Hans Schaberl, Sprecher des Verbandes, spielte auf Kanzler Schüssels TV-Auftritt an, in dem er von „Bröseln“ als Nebenprodukten einer echten Budgetsanierung gesprochen hatte: „Der Brösel wird in unserem

Fall zum harten Bissen, an dem sich diese Regierung noch verschlucken wird!“ Bei Grenzgängern von Privilegierten zu sprechen, wie es der (am Samstag immer wieder ausgebuhte) VP-Nationalrat Gottfried Feurstein getan habe, sei absurd: „Privilegierte unter dieser Regierung sind wohl eher jene Vermögenden, deren Stiftungen mit 2,5 Prozent besteuert werden“, tobte Schaberl.

Für Vorarlbergs ÖGB-Chef Norbert Loacker ist die „Raubbesteuerung der Grenzgänger-

.....  
*Es kommen wieder Wahlen. Nur die dümmsten Kälber wählen selber ihre Metzger.*

URS HERMANN, KANTONS RAT SG  
.....

Pensionen“ indes nur ein einzelner Stein in einem „Mosaik schwarz-blauer Unverfrorenheiten“. Die herzlose Unfallrentensteuer bringe „viele ohnehin arme Teufel“ in Existenznot, die Vervielfachung der Bemessungsgrundlage der Einheitswerte habe grad im Häuslbauer-



(Foto: Shouret)

**Grenzgänger-Demo in Bregenz: Wer soll in Österreich Vertrauen in die „zweite Säule“ kriegen, wenn 50 Prozent der Staat einkassiert?**

Land Vorarlberg das Erben auch nur eines kleinen Häuschens zum Finanzabenteuer ausarten lassen. „Und ich will, dass endlich ein Mitglied dieser Regierung verbindlich sagt, dass von der ‚Abfertigung neu‘ nicht ebenfalls die Hälfte wegbesteuert wird, wenn man sie auf einmal statt als laufende Zusatzpension ausbezahlt haben möchte“, ist für Loacker nach dem Grenzgänger-Exempel bei der Abfertigung gleich für Millionen Österreicher Gefahr im Verzug.

Für den ÖGB-Rechtsexperten Dr. René Schindler hat die „überfallsartige“ Grenzgänger-Pensionsbesteuerung „keine Überlebenschancen“, wenn der VfGH damit befasst wird. „Wenn die Verfassungsrichter schon

als unzulässig und verfassungswidrig verwarfen, dass Rechtspraktikanten ‚über Nacht‘ 10 Prozent des Einkommens gestrichen werden sollten, um wieviele deutlicher müssen sie dann da untersagen, was diese Regierung den Grenzgängern zumuten will?“, empfahl Schindler den Gang vor das Höchstgericht

### SP-Initiativantrag

Den könnten sich die Grenzgänger freilich dann sparen wenn der von NR Manfred Lackner im Nationalrat eingebrachte und am 14. Mai zur Beratung im Finanzausschuss anstehende Initiativantrag auf Rücknahme der Maßnahme die Regierung zum Einlenken bewegen würde.

## „Entmündigung der rechtmäßigen Eigner“

Zur Anrufung der Höchst Richter angespornt wurden die Grenzgänger vor allem vom Ex-Innenminister und nunmehrigen Präsidenten des Österr. Pensionistenverbandes Karl Blecha.

Für ihn ist die 50-Prozent-Steuer eine „Entmündigung von rechtmäßigen Kapitaleignern“, und es sei der Gipfel an Kaltschnäuzigkeit, ausgerechnet im „demokratiesensiblen“ Vorarlberg die Verteilung von Grenzgänger-Flug-

blättern an Zollämtern zu untersagen, auf denen die Schröpfaktion von den Betroffenen selbst „regierungskritisch“ kommentiert wird.

Mit diesem „Pensionsraub“ seien die schlimmsten in diese Regierung gesetzten Befürchtungen noch übertroffen worden, doch füge sich alles wieder zu einem erschreckend klaren Bild, wenn man Ambulanzgebühren, höhere Selbstbehalte in der Krankenversicherung, die Nicht-mehr-Mit-

versicherung der Ehegattin, die schuldig gebliebene Pflegegeldanpassung etc. in Kontext zu dieser Plünderaktion stelle.

Besonders verwerflich sei, dass sozial Schwachen das Geld unter dem Vorwand aus der Tasche gezogen wird, man müsse Schulden abbauen. „In Wahrheit wird aber nicht gespart, sondern von unten nach oben umverteilt“, und das sei „Politik ohne Hirn und Herz“.

# **NEUE**

**Vorarlberger Tageszeitung**

SONNTAG/MONTAG, 29./30. APRIL 2001



# **Grenzgänger: Gericht soll jetzt entscheiden**

Der Verwaltungsgerichtshof soll die 50-Prozent-Steuer auf die Pensionsabfindungen der Grenzgänger aufheben. Der Gang zum Höchstgericht wird beschritten.



Demonstration – 1500 protestierten gestern vor dem Landhaus und

wollen sich an Regierung rächen.

# Grenzgänger: Klage bei Höchstgericht jetzt fix

(gr) – Den Rechtspraktikanten strich die Regierung 16 Prozent ihres Bezuges. Sie klagten beim Verfassungsgerichtshof und bekamen Recht. Jetzt klagen die Grenzgänger, weil ihre Pensionsabfindung um 25 % höher besteuert wird.

Es war eine Demonstration der neuen Art, die gestern um 14 Uhr vor dem Landhaus in Bregenz begann. Viele der rund 1500 Demonstranten waren mit ihren Mountainbikes gekommen, andere mit ihrem Motorrad, der Rest mit Auto und Zug. Nach eineinhalb Stunden Kundgebung gingen alle ruhig auseinander und Manuela Auer, die Moderatorin der Demo, bedankte sich bei der Gendarmerie für die faire Behandlung.

Dazwischen gab es Musik. Da sang vom Band Bob Geldof „I don't like Mondays“. Die Musik kam von einem Wagen der Schweizer Metal-Gewerkschaft SMUV.

## Hilfe kam aus der Schweiz

Urs Hermann, Chef der St. Galler Gewerkschafter, der auch Grenzgänger als Mitglieder hat, sponserte die Aktivitäten seiner Freunde mit rund 20.000 Franken. Obwohl es um viel Geld geht, war die Stimmung unter den Demonstranten fast entspannt. Hans Schaberl, Pressesprecher der rund 14.000 Vorarlberger

Grenzgänger, skizzierte kurz ihr Anliegen: Für die Pensionsabfindung, die nach 30 Arbeitsjahren in der Schweiz oder Liechtenstein oft mehr als nur eine Million Schilling betragen kann, zahlten die Grenzgänger bis zum 31. Dezember 2000 rund 25 Prozent Steuer. Seit 1. Jänner 2001 sind es 50 Prozent. Die Schweizer Kollegen zahlen für ihre Pensionsabfindung, das ist eine Art Abfertigung, nur sechs Prozent. Das, so finden die Grenzgänger, ist „modernes Raubrittertum“. Hans Schaberl fragte schließlich die 1500 Demonstranten, ob sie nicht lieber statt 50 Prozent Steuer nur 2,5 Prozent zahlen würden, wie das die Millionäre mit ihren Stiftungen zahlen dürfen.

ÖGB-Rechtsexperte Dr. René Schindler forderte die Grenzgänger auf, diese Raubritter-Steuer vor dem Verfassungsgerichtshof zu bekämpfen. Die Rechtspraktikanten, denen die Regierung 16 Prozent des Lohnes abgezogen hatte, waren beim Höchstgericht erfolgreich und bekommen wieder ihr früheres Ge-

halt. Damit ist der Gang zum Höchstgericht beschlossene Sache.

## Starredner war Charly Blecha

Ein rhetorisches Feuerwerk schoss Karl Blecha, Chef des Seniorenrates und Innenminister unter Bruno Kreisky, ab. Er fand schnell den Bogen von der Raubritter-Besteuerung der Grenzgänger zu der Besteuerung der Unfallrenten und legte los: Wir werden diese Grauslichkeiten wieder wegbringen, dass Unfallopfer mehr als 20.000 Schilling im Jahr verlieren. Wir werden für eine Anpassung des Pflegegeldes eintreten und alle Kriegsoffer sollen eine höhere Rente bekommen, nicht nur jene, die in sowjetischer Gefangenschaft waren.

Auch gestern war wieder ÖVP-Sozialsprecher Dr. Gottfried Feurstein der Buhmann der Grenzgänger. Feurstein hatte sich früher immer für die Grenzgänger eingesetzt, der 50-Prozent-Besteuerung aber zugestimmt. Viele Grenzgänger sehen den nächsten Wahltag als Zahltag für die Bundesregierung.

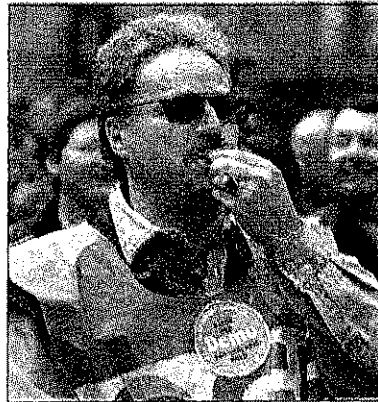


Bei herrlichem Frühlingwetter demonstrierten gestern 1500 Grenzgänger gegen „Raubrittersteuern“ in Bregenz.

**IHRE MEINUNG. BITTE!**

**Warum sind Sie auf der Demo?**

Die Grenzgänger sind alles andere als begeistert, wenn es um die Besteuerung geht. Vor dem Landhaus fand gestern eine von der Gewerkschaft organisierte Kundgebung statt. Was hat die Menschen bewegt, daran teilzunehmen? Die NEUE horchte sich um und bekam einiges zu hören.



Fotos (3): Scherler



**Gebhard Halder, ÖVP-Klubobmann:** Als Vertreter der ÖVP möchte ich mit dem Besuch dieser Veranstaltung Verständnis für die Anliegen der Grenzgänger bekunden. Und vor Ort wird einem die Betroffenheit besser bewusst. Und eines darf nicht vergessen werden, diese Menschen verdienen ihr Geld im Ausland, aber ausgegeben wird es hier im Land.

**Kurt Breuss, Übersaxen:** Ich sehe meinen Besuch hier als reinen Solidaritätsakt gegenüber meinen Grenzgänger-Kollegen. Was die Steuern anbelangt, glaube ich sowieso, dass der Kuchen längst gegessen ist. Aber wenn man nur zu Hause sitzt und nichts tut, nützt das keinem etwas. Deshalb sollte man solche Veranstaltungen auch besuchen.



**Georg Österle, Fußach:** Ich arbeite schon seit zehn Jahren über der Grenze. Die Besteuerung der Grenzgänger empfinde ich schlicht und ergreifend als eine riesengroße Frechheit. Bleibt nur zu hoffen, dass sich die Politiker irgendwann einmal etwas Gutes überlegen und nicht immer nur solche Schnellschüsse abfeuern.

**Edi Sonderegger, Feldkirch-Giesingen:** Mit dieser Besteuerung bin ich ganz und gar nicht zufrieden. Ich sehe es schon ein, dass Schulden abgebaut werden müssen. Doch verstehe ich nicht, wieso immer bei den Kleinen angefangen wird. Sollen die Politiker doch bei sich selbst beginnen zu sparen, aber davon will keiner etwas wissen.



**Batir Yasar, Feldkirch:** Seit eineinhalb Jahren bin ich nun in Liechtenstein. So viel Steuern zu zahlen finde ich überhaupt nicht lustig. In Österreich zu arbeiten rentiert sich halt leider nicht, hier verdient man viel zu wenig. Ich kann jetzt nur hoffen, dass diese Veranstaltung etwas bewirkt. Trotz einer solchen Ungerechtigkeit will ich in Liechtenstein bleiben.

**SPRÜCHE**

*Es muss anders werden in Österreich, wenn es gut werden soll.*

*Wir werden aus Bröseln einen harten Brocken machen, an dem sich die Regierung leicht verschlucken kann.*

*Wir 14.000 Grenzgänger und 6000 Pensionisten sind die größte Firma in Vorarlberg.*

*Wo ist unser Monaco, in das wir vor der Steuer flüchten können?*

**Hans Schaberl**, Pressesprecher des Vorarlberger Grenzgängerverbandes.

*Hans Schaberl hat alle Voraussetzungen für einen Politiker. Er hat dreimal so lang geredet als wir ausgemacht haben.*

**Manuela Auer**, ÖGB-Landessekretärin.

*Habt ihr heute die Regierung in Wien schon begrüßt?*

Darauf folgte ein Pfeifkonzert der 1500 Grenzgänger. **Urs Hermann** von der Schweizer Gewerkschaft SMUV.

*Ich kann ja keine Steuer zahlen, wenn ich a Prothes'n hab' und mit am Haxen herumkrabble.*

**Karl Blecha**, Obmann des Pensionistenverbandes.

**PROMINENZ**

Nur ÖVP-Klubchef **Gebhard Halder** war als Vertreter der schwarz-blauen Regierungskoalition bei der gestrigen Demonstration dabei. Sonst war eher die SPÖ vertreten: SP-Klubchef **Dr. Günther Keckeis**, EU-Abgeordneter **Mag. Herbert Bösch**, Pensionisten-Sekretär **Bruno Wüstner**, SPÖ-Landesobmann **Manfred Lackner**, ÖGB-Sekretär **Michael Ritsch** und der Bregenzer Altbürgermeister **Norbert Neururer**.

## Grenzgänger protestieren gegen «Raubzug»

Vorarlberger Grenzgänger liegen mit ihrer Regierung im Clinch wegen Pensionsgelder-Besteuerung

Mit Unterstützung der Ostschweizer Gewerkschaft Smuv demonstrierten am Samstag 1500 Grenzgänger in Bregenz gegen die massive Besteuerung ihrer Schweizer Pensionen in Österreich. Sie wollen sich an den Verfassungsgerichtshof wenden.

BIRGIT KOHLMEIER

Rund 15 000 Vorarlberger arbeiten als Grenzgänger in der Schweiz und in Liechtenstein. Sie versteuern ihr Einkommen in Österreich, die Rentenversicherung zahlen sie in Schweizer Pensionskassen ein. Im Dezember vergangenen Jahres beschloss die österreichische Bundesregierung, ab 2001 die 2. Säule

der Grenzgänger bei einmaliger Auszahlung mit dem Höchstsatz, dass heisst fast bis zu 50 Prozent, zu besteuern.

### Auf die Barrikaden

Dagegen wehren sich die Grenzgänger. Nach mehreren erfolglosen Interventionen beim Vorarlberger Landeshauptmann und beim Finanzminister in Wien gingen die Grenzgänger am Samstag auf die Barrikaden. Unterstützt vom Österreichischen Gewerkschaftsbund, vom Pensionistenverband und von der Schweizer Gewerkschaft Smuv, rief der überparteiliche Grenzgängerverband zu einer Grosse demonstration vor dem Landhaus in Bregenz auf und – ungewöhnlich für Vorarlberg – rund 1500 Grenzgänger, Pensionisten und Sympathisanten folgten dem Aufruf und mach-



Gemeinsamer Protest: Smuv-Vertreter und Grenzgänger. Bild: koe

ten ihrem Unmut gegen die Sparpolitik der österreichischen Bundesregierung lautstark Luft. Von Ungerechtigkeit und «Raubbesteuerung» war die Rede.

«Wir mischen uns nicht in die Angelegenheiten eines Nachbarlandes, wir vertreten lediglich die Interessen unserer Mitglieder», begründete Urs Hermann, Regionalsekretär des Smuv das Engagement in Vorarlberg. Die Grenzgänger feuerte er an: «Wehrt euch, diese Besteuerung ist modernes Raubrittertum.»

### «Lebensplanung vernichtet»

Mit der Besteuerung der Einmalauszahlungen bis zu 50 Prozent werde die Lebensplanung vieler Arbeitnehmer «vernichtet», kritisierte der Obmann des Grenzgängerverbandes, Walter Dornig. Der Grenzgängerverband fordert,

dass bei der Einkommensteuer die unterschiedlichen Pensionssysteme berücksichtigt werden und der bis vergangenes Jahr geltende steuerrechtliche Zustand wieder hergestellt wird. Der Landesvorsitzende der Gewerkschaften, Norbert Loacker, äusserte Befürchtungen, dass der «Raubzug gegen die Grenzgänger erst der Anfang ist.

Der Rechtsexperte der Gewerkschaft, René Schindler, bemängelte, dass die Grenzgänger-Regelung «überfallartig» erfolgt sei und schlug den Grenzgängern vor, sich an den Verfassungsgerichtshof zu wenden. Die Kosten für eine Klage bei der obersten Gerichtsstanz werde die Gewerkschaft übernehmen. Der Smuv hat sich sein Engagement für die Grenzgänger bereits jetzt rund 20 000 Franken kosten lassen.

Mittwoch, 2. Mai 2001

### „Grenzgänger nicht benachteiligt“

Bregenz (VN-or) Der am Samstag von Grenzgängern heftig attackierte VP-Nationalrat Gottfried Feurstein blieb gestern dabei: „Grenzgänger sind gegenüber in Österreich arbeitenden Beschäftigten nicht im Nachteil, wenn sie Pensions- und Urlaubsabfindungen voll besteuern müssen – denn das müssen die Arbeitnehmer in Österreich auch.“ Was die von ÖGB-Chef Norbert Loacker thematisierten Abfertigungen angeht, blieben diese „für beide Gruppen natürlich auch weiterhin“ einem Steuersatz von sechs Prozent unterworfen. „Dieser wird auch in Zukunft nicht geändert“, bekräftigte Feurstein.



(Franz Steiner)

**Gottfried Feurstein**

Die „Privilegiendiskussion“ sollte man übrigens nicht überstrapazieren. Während Pensionisten aus österreichischen Arbeitsverhältnissen für die Gesamtpension 3,75 Prozent Krankenversicherung (KV) zahlen müssen, zahlen Grenzgänger von ihrer Schweiz-Pension keine KV-Beiträge – sie kriegen für 100 S im Monat vollen Krankenversicherungsschutz durch die Gebietskrankenkasse, so Feurstein. Der Vorarlberger VP-Klubchef Gebhard Halder hatte tags zuvor Verständnis für die Grenzgängerforderungen bekundet.

Donnerstag, 3. Mai 2001

**Loacker: Feurstein scheut  
Diskussion mit Betroffenen**

(ÖGB) ÖGB-Landeschef Norbert Loacker fordert Gottfried Feurstein auf, sich endlich der unmittelbaren Diskussion mit den Grenzgängern zu stellen. Seine Behauptung, die Grenzgänger-Pensionszahlungen würden gleich besteuert wie die der Österreicher, seien falsch. Urs Hermann, der Vorsitzende der Schweizer Metallgewerkschaft SMUV, und er, Loacker, laden ihn neuerlich zu einem Gespräch ein, um ihn über den Sachverhalt aufzuklären. Wenn er dann immer noch nicht einsehe, dass Grenzgänger bei Pensionszahlungen benachteiligt sind, möge er als Nationalrat den Hut nehmen und kompetenten Leuten sein Mandat überlassen, fordert Loacker.

**Aufforderung an  
VP-Feurstein**

ÖGB-Landeschef Norbert Loacker fordert VP-Nationalrat Gottfried Feurstein auf, sich endlich der unmittelbaren Diskussion mit den Grenzgängern zu stellen. „Leider hat Herr Feurstein am Samstag die Flucht durch einen Hinterausgang des Landhauses ergriffen, statt vor die Demonstranten hinzutreten“, bedauerte Loacker. „Die Behauptungen von Feurstein, die Grenzgänger-Pensionszahlungen würden gleich besteuert wie jene der Österreicher sind falsch“, so der ÖGB-Landeschef. Loacker und sein Schweizer Gewerkschaftskollege Urs Hermann laden Feurstein neuerlich zu einem Gespräch ein, um den Sachverhalt aufzuklären. „Wenn Feurstein dann immer noch nicht einseht, dass Grenzgänger bei Pensionszahlungen benachteiligt sind, möge er als Nationalrat seinen Hut nehmen und kompetenten Leuten sein Mandat überlassen“, forderte Loacker. Feurstein wehrt sich unterdessen gegen die Vorwürfe, die die Grenzgänger bei ihrer Demonstration am Samstag erhoben haben. „Wenn Menschen, die in Österreich arbeiten, ihre Pensions- und Urlaubsabfindungen voll versteuern müssen, so müsse das auch für die Grenzgänger gelten“, bekräftigt Feurstein jenes Gesetz, das er im Nationalrat mitbeschlossen hat.

Dienstag, 8. Mai 2001

### Raub-Steuer-Demo

Es ist doch wirklich egal, ob es nur 700 oder 2000 Grenzgänger waren, die erst kürzlich vor dem Bregenzer Landhaus gegen die Raubritterbesteuerung der Pensionsabfertigung demonstriert haben. Fakt ist, es waren etwa 10.000 zu wenig. Wieder einmal ein klarer Beweis, dass der größte Teil erst dann aufwacht, wenn die Marie im Geldbeutel fehlt. Liebe Grenzgängerkollegen, jeder von uns ist betroffen, am schlimmsten die, die kurz vor ihrem Ruhestand stehen und mit dieser Abfertigung ein vielleicht schon lange geplantes Vorhaben verwirklichen wollten. Aber auch dich und mich betrifft es, obwohl wir erst in 20 Jahren in den Ruhestand gehen können. Warum? Weil uns mit dieser Steuer monatlich 50 Prozent vom Pensionskassabeitrag gestohlen werden.

Was wäre los, wenn die Abfertigungen in Österreich von heute auf morgen mit 50 Prozent versteuert werden müssten? Aber was nicht ist, kann noch werden. Die verantwortlichen Herren in Wien und auch Vorarlberg haben eines aber vergessen, es geht hier nicht nur um etwa 20.000 Grenzgänger und Pensionisten mit Wahlrecht, sondern dahinter stehen auch Familienmitglieder, die ebenso betroffen sind und dies bei der nächsten Wahl entsprechend quittieren werden. Da sieht doch der Schwärzeste rote Streifen am Horizont.

Dank an die Schweizer Kollegen vom SMUV, die uns so tatkräftig unterstützen!

KLAUS ILLMER, THÜRINGEN

Mittwoch, 9. Mai 2001

**„Ich würde mich schämen“**

Uns Grenzgängern ist es vergönnt, in bestimmten Intervallen Zeitungsartikel von Herrn Dr. Feurstein lesen zu dürfen. Die Inhalte all dieser Artikel sind nichts anderes als die gebetsmühlenartig wiederholte Aussage, Grenzgänger sind gegenüber in Österreich Beschäftigten nicht im Nachteil, wenn sie Pensionsabfindungen voll besteuern müssen. Es gehört offensichtlich zu seiner Praxis, Richtiges mit Unrichtigem zu verbinden. Diese falschen Behaup-

tungen werden auch dann nicht richtig, wenn sie laufend wiederholt werden. Um den Unterschied zwischen einer ausländischen gesetzlichen und einer österreichischen freiwilligen Abfindung zu erkennen, sollte eine akademische Ausbildung eigentlich ausreichend sein. Abfindungen (Beitragsrückzahlungen) von einer österr. Pensionsversicherung erhalten Personen, die mangels Erreichung der nötigen 15 Beitragsjahre keine österreichische Pension erhalten. Dass diesen Personen das Wenige, das sie als Abfindung bekommen, auch noch durch die überfallsartige Gesetzeseinführung massiv wegbesteuert wird, heißt nicht gerade das Wohl der Wähler zu vertreten. Ich würde mich schämen, einem solchen Gesetz zugestimmt zu haben.

WALTER DOMIG, PRÄSIDENT DES  
VLBG. GRENZGÄNGERVERBANDS

Donnerstag, 10. Mai 2001

### **Blecha und das „Blechen“**

Bei der jüngst stattgefundenen Grenzgänerdemonstration vor dem Landhaus war auch der ehemalige sozialistische Innenminister und jetzige Präsident des Österreichischen Pensionistenverbands Karl „Charly“ Blecha anwesend und wurde nicht müde, gegen die Besteuerung von Pensionsabfindungen zu wettern.

Das Regierungsmitglied aus der Ära Kreisky sprach dabei von „Entmündigung“ oder von „Pensionsraub“ und forderte die Beibehaltung des „Hälftesteuersatzes“. Blecha, das Relikt aus vergangenen sozialistischen Machttagen, wetterte in weiterer Folge heftig gegen den Sparkurs der Regierung. Dass jedoch Blecha und seine Genossen für das jetzige „Blechen“ verantwortlich sind, scheint niemand zu interessieren. Jahrzehntelanges „Geschenkeverteilen“ führte zur nunmehrigen angespannten Budgetsituation unseres Landes und verlangt nach einem entspre-

chenden Gegensteuern. Diese Tatsache sollte bei einer objektiven Betrachtung des sicherlich auch manchmal schmerzlichen Sparens stets berücksichtigt werden.

KURT ABLEIDINGER, BLUDENZ



# VORARLBERG

ALLE NEUIGKEITEN FÜR UNSERE LESER

## Mehr soziale Gerechtigkeit!



Alle Veranstalter auf einen Blick: Schweizer Gewerkschaftsbund, Grenzgängerverband, Pensionistenverband und ÖGB (links).

1.600 Demonstranten füllten den Landhausplatz bis in den letzten Winkel (unten).



**A**llen 1600 Frauen und Männern, die am 28. April 2001 um 14 Uhr vor dem Vorarlberger Landhaus in Bregenz für mehr soziale Gerechtigkeit und gegen den Pensionsraub demonstriert haben, möchten Verbandspräsident Karl Blecha, ÖGB-Chef Norbert Loacker, Grenzgängerobmann Walter Dornig und Landessekretär Bruno Wüstner herzlich danken.

Es ist ein großer Fehler, wenn man glaubt, dass sich die derzeitige Bundesregierung von Protesten und Demonstrationen nicht beeindruckt lässt! Den Damen und Herren in Wien sind immer wieder ihre eigenen Wahlversprechen, die sie jetzt kaltschnäuzig brechen, vorzuhalten!